

## Ostberlin besteht die Probe nicht

### Vergleich der Lebensverhältnisse in der gespaltenen Stadt — Eine DGB-Denkschrift

Je ferner aber die Menschen von Ostberlin oder der Sowjetzone wohnen, das gilt teilweise schon für die Bundesrepublik, um so weniger sind sie mit dem traurigen Alltag der Deutschen in diesen Gebieten vertraut. Zwar wissen auch sie, daß der Lebensstandard der Arbeitnehmer in der Sowjetunion weit schlechter ist als in den führenden Industriestaaten des Westens. Selbst mit dem Kommunismus sympathisierende Moskafahrer können das nicht bestreiten. Sie pflegen aber zu erwidern, daß die Lebensverhältnisse in den Staaten des Sowjetblocks nicht mit USA, England, Frankreich oder Deutschland verglichen werden dürften, sondern mit den „rückständigen Zuständen“, die dort früher geherrscht haben: im Vergleich damit seien die Fortschritte unverkennbar.

Die von Pankow in Ostberlin und der Sowjetzone geschaffenen Lebensverhältnisse lassen sich aber nicht mit der Ausrede beschönigen, daß es in diesen Gebieten schon in der Vorkriegszeit viel schlechter gewesen sei. Nicht einmal die Startbedingungen der Gebiete waren unterschiedlich, als es 1945 zur Zonenenteilung und 1948 zum gespaltenen Berlin gekommen ist. Aus diesem Grunde sind die Vergleiche zwischen Sowjetzone und Westdeutschland zwischen Ost- und Westberlin ein so vorzügliches Studienobjekt, das an Hand der DGB-Denkschrift zu studieren alle schwankenden „Neutralisten“ und „Sympathisierenden“ in aller Welt dringend ans Herz gelegt werden kann. Hier sind die großen Unterschiede der Lebenshaltung, die seit 1945 zugunsten des Westens eingetreten sind, mit der Hand zu greifen. Weder durch eine unterschiedliche Vergangenheit, noch durch Bildungs- oder Begabungsunterschiede der Be-

In der letzten Woche ist eine Denkschrift des Berliner DGB veröffentlicht worden, die in der ganzen Welt verbreitet werden sollte. Für die Westberliner brachte die Denkschrift keine sensationellen Neuigkeiten; denn hier kennt man den großen Unterschied der Lebensverhältnisse zwischen Ostberlin und der Sowjetzone im Gegensatz zu Westberlin und der Bundesrepublik aus eigener Anschauung. Aber für Ostberlin und die Zone enthält sie doch sehr aufschlußreiches Material.

völkerung, noch durch ein unterschiedliches Niveau der wirtschaftlichen Vorbedingungen sind sie erklärbar. Solche Gründe mögen für einige andere Sowjetstaaten im Vergleich zum Westen eine Rolle spielen. Das Zurückbleiben der Sowjetzone und Ostberlins in den Lebensverhältnissen, wie es von der DGB-Denkschrift nachgewiesen wird, ist nur durch das schlechtere Wirtschafts- und Sozialsystem erklärbar, dem sich Pankow verschrieben hat.

#### 29 v. H. weniger zum Leben

Welche Ergebnisse und Erkenntnisse vermittelt nun die Denkschrift des Berliner DGB? Nehmen wir das Wichtigste vorweg: die Ostberliner Arbeiterfamilie kann sich im Durchschnitt nur 71 Prozent des Lebensbedarfs leisten, den sich eine Westberliner Arbeiterfamilie mit ihrem Verdienst verschaffen kann. In der Denkschrift heißt es dazu: „Die Ergebnisse lassen eindeutig erkennen, daß nicht der formale Eigentumstitel des in der Diktatur entmündigten Volkes an den Fabriken, sondern nur die Leistungsfähigkeit der Industrie

und der durch die unabhängigen Gewerkschaften gesicherte Anteil der Arbeitnehmer an den Produkten der Wirtschaft für den sozialen Standard des Arbeitnehmers entscheidend sind. Kein Sklavenhalter hat seine Arbeitssklaven je verhungern lassen, er gab ihnen aber auch niemals mehr als den notwendigen Bedarf, es sei denn, sie sollten ihre Herren öffentlich repräsentieren.“

Neben dem hauptsächlichsten Ergebnis eines Zurückbleibens der Lebenshaltung in Ostberlin um 29 Prozent hinter Westberlin sind noch viele andere Erkenntnisse gewonnen worden. Die Tariflöhne in Westberlin (wobei DM West und Ost gleichgesetzt werden) liegen z. B. durchschnittlich um 16,9 Prozent über denen Ostberlins, die effektiven Stundenverdienste sind aber in Westberlin nur um 5 Prozent höher. In Ostberlin wird nämlich häufiger in Akkord gearbeitet, wobei infolge von Störungen und Materialmangel die Verdienste in Ostberlin viel stärkeren Schwankungen ausgesetzt sind als im Westen. Die Zulassung höherer übertariflicher Verdienste durch eine verhältnismäßig „großzügige“ Normenbestimmung führt der DGB zum Teil auf die Nachwirkungen des 17. Juni zurück, zum Teil auf die Furcht der Ostberliner Verwaltungen vor der Abwanderung hochqualifizierter Kräfte.

Die Verdienste in Geld, so wird in der Denkschrift festgestellt, dürften sich infolge dieser verschiedenen Ursachen (Akkord, höhere übertarifliche Verdienste in Ostberlin, längere Arbeitszeit) im Durchschnitt gleich hoch sein, wobei die ungelerten Arbeiter und die im Zeitlohn Beschäftigten in Ostberlin schlechter fahren, einige Spezialisten besser gestellt sind.

Fortsetzung Seite 6

## Dreiklang der Vernunft

DT. In Genf hat die Diskussion begonnen. Selbst wenn man von der Frage der Wiedervereinigung und ihrem unlösbaren Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage absieht, wenn man also das Problem der Sicherheit isoliert betrachtet, dann ergibt sich bei mancher Übereinstimmung doch ein ost-westlicher Gegensatz, der schwer lösbar ist. Er liegt vor allem darin, daß der sowjetische Sicherheitsplan militärische Koalitionen der Vertragspartner verbietet, während der westliche Vorschlag die Fortdauer der NATO und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands voraussetzt.

Es wäre leicht, über die Auflösung der NATO zu sprechen, wenn die Teilnehmer des angestrebten Paktes auf beiden Seiten freie und unabhängige Staaten wären. Das ist leider nicht der Fall. Selbst wenn die NATO aufgelöst würde und der Ostblock als militärische Organisation verschwände, — immer noch bliebe der Ostblock als ein von Moskau politisch vollkommen beherrschtes und also auch militärisch verwertbares Staatsgebilde bestehen. In dem Bereich dieses Satellitenblocks sind und bleiben die Staaten und ihre kommunistischen Parteien vollkommen identisch und der zentralen Lenkung Moskaus unterworfen. Wenn es möglich wäre, diese Satelliten in den Rang wirklich freier und unabhängiger Staaten zu erheben, in denen die Regierungen wirklich aus „Wahlen“ hervorgehen, dem Parlament wirklich verantwortlich sind und wirkliche Handlungsfreiheit besitzen, dann wäre es kein Risiko, auf militärische Sonderbindungen innerhalb des Sicherheitspaktes zu verzichten. Aber gerade diese Freiheit wird Moskau den ihm hörigen Ländern nicht gewähren wollen. Es gibt nämlich keine Diktatur der Welt, die dem demokratischen

Stimmzettel auf die Dauer widerstehen kann.

### Die Kraft des Stimmzettels

Wir haben für diese Wahrheit wieder einen Beweis erfahren, den die Saarländer mit der Kraft des freien Stimmzettels erbracht haben. Dieses deutsche Gebiet hat sich nicht selbst eine Verfassung gegeben, sondern sie war ihm hoch von oben her, von Johannes Hoffmann und Grandval, aus dem Dunkel einer Kommission auferlegt worden. Die Präambel der Verfassung verfügte, ohne daß die Bevölkerung befragt worden wäre, die Trennung von Deutschland und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich. Die Verfassung sicherte in hübschen Formulierungen alle Freiheitsrechte des demokratischen Staatsbürgers, wie sie in der freien Welt üblich sind. Nur waren diese Freiheitsrechte in der Praxis der kleinen Saardiktatur teilweise beschränkt und teilweise sogar ungültig. Es gab keine Vereinigungsfreiheit, keine Pressefreiheit und deshalb auch keine freie öffentliche Meinung.

In der gleichen Stunde nun, in der diese selbstverständlichen Freiheiten auf Grund des Saarabkommens dem Lande zurückgegeben wurden, hatte Johannes Hoffmann den Kampf verloren. Er hatte ihn zum zweitenmal verloren; denn auch vor zwanzig Jahren, während der Volksabstimmung vom Januar 1935, stand er an der Spitze des Kampfes gegen die Wiedervereinigung. Wir werfen ihm heute keine Steine nach. Denn er hat das Verdienst, aus seiner Niederlage sofort die Konsequenzen gezogen zu haben. Er trat zurück und hat dadurch den reibungslosen Übergang zur Neubildung einer Regierung ermöglicht, die dem Willen des Volkes entspricht.

### Saarbrücken—Bonn—Paris

An der Lösung der Saarfrage unmittelbar beteiligt sind das Saargebiet, die Bundesrepublik und Frankreich. Wenn man die Reaktionen überprüft, die das Votum vom 23. Oktober ausgelöst hat, dann ist mit Befriedigung festzustellen, daß diese

drei Beteiligten wirklich realistisch und besonnen geblieben sind. Das gilt für Saarbrücken, wo man auf billigen Triumph verzichtete und — mit freundschaftlicher Geste nach Frankreich — nur die Entspannung genoß, die das Votum zur Folge hatte. Das gilt ferner für Bonn — und auch für Paris, wo die Bewahrung der Besonnenheit am schwierigsten war. Auch Frankreich hat gegenüber der neuen Lage an der Saar eine realistische Haltung gezeigt, und es besteht auf deutscher Seite aller Grund, das dankbar anzuerkennen.

Grobe publizistische Entladungen kamen nur von englischen, amerikanischen und auch von einigen „neutralen“ europäischen Blättern. Es sind Zeitungen, die früher niemals auch nur ein einziges Wort der Kritik gegen die undemokratischen Zustände an der Saar gerichtet haben. Sie schwiegen hierüber, obwohl doch ihr sozusagen patentiertes demokratisches Gewissen gründlich verletzt sein mußte. Während sie also damals stumm blieben, nennen sie heute das, was an der Saar einem natürlichen Heimatgefühl entspringt, „nationalistisch“; was der Unterdrückung der staatsbürgerlichen Freiheit widerstrebe, nennen sie „nationalsozialistisch“, und was an einer uralten organischen Ordnung festhielt, das ist ihnen eine antieuropäische Bosheit.

Wenn es im Gegensatz zu diesen aufgeregten Entstellungen erfreulicherweise in Saarbrücken, Bonn und Paris einen Dreiklang der Vernunft gegeben hat, so sollte man ihn weiter pflegen. Er ist nämlich ein Hinweis auf Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die im Hinblick auf eine neue solidarische Lösung der Saarfrage schonend gefördert werden müssen. Es ist der Dreiklang der unmittelbar Beteiligten, der die Erwartung gestattet, daß sie — Saarbrücken, Bonn und Paris — nun möglichst ohne jede fremde Hilfe gemeinsam in der Saar das in Ordnung bringen, was neu geordnet werden muß.

## Sowjetunion bleibt verantwortlich

Moskau (DPA). Die drei Westmächte haben in gleichlautenden Noten an die Sowjetunion ihre Ansicht bekräftigt, daß nicht die Regierung der „DDR“, sondern die Sowjetunion dafür verantwortlich ist, den freien Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin aufrechtzuerhalten.

Die Noten wurden im sowjetischen Außenministerium übergeben und sind die Antwort auf eine Note der Sowjetunion vom 18. Oktober. Darin hatte die Sowjetunion erklärt, daß der militärische Verkehr der drei Westmächte zwischen Westdeutschland und Berlin weiter von den sowjetischen Militärbehörden in Deutschland kontrolliert werden würde. Davon abgesehen werde jedoch die „Regierung der DDR die Hoheitsrechte auf dem unter ihrer Souveränität stehenden Gebiet ausüben“.

## Eine Million in einem Jahr

Immer mehr Beschäftigte im Bundesgebiet

Nürnberg (VWD). In der Bundesrepublik waren Ende September 1955 nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg 17,8 Mill. Menschen beschäftigt; es sind fast eine Million mehr als zu gleicher Zeit des Vorjahres.

Diese Zunahme von 5,8 Prozent war größer als 1953 auf 1954 (4,9 Prozent) und größer als von 1952 auf 1953 (3,8 Prozent). Die Zunahme der Beschäftigten um fast eine Million in einem Jahr verteilt sich mit 328 000 Personen auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit, mit 300 000 auf eine Mehrbeschäftigung von Frauen, mit 230 000 auf den Zugang männlicher Jugendlichen und mit rund 115 000 auf die Zuwanderung aus der Sowjetzone. Die Zunahme der Beschäftigten gegenüber 1950 beträgt etwa 36 Prozent.

## Neuer Bundesratssaal

Bonn (Eigenmeldung). Zum erstenmal tagte der Bundesrat in der vergangenen Woche in seinem neuen Sitzungssaal, der aus einer Erweiterung und Um-

## 100000 neue Arbeitsplätze für Berlin

Zusagen der Bundesregierung — Auch Hilfe aus den USA

Bonn (Eigenmeldung). — Die Bundesregierung ist entschlossen, auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat alles zu tun, um der Sonderlage Berlins gerecht zu werden. Dies hat Bundesfinanzminister Schäffer vor dem Bundestag erklärt.

Der Minister sagte im Rahmen der Debatte über den Berliner Aufbauplan, daß bisher für den Fünfjahresplan die Bereitstellung von 1470 Millionen D-Mark aus Haushaltsmitteln des Bundes und von 1640 Millionen DM aus Mitteln des Marshallplanes vorgesehen sei. Nach den Worten Schäffers kann der Teil des Planes, der die Schaffung von 100 000 neuen Arbeitsplätzen in Westberlin vorsieht, als finanziell gesichert betrachtet

werden. Über eine zusätzliche Wirtschaftshilfe der USA für Berlin in Höhe von 100 Millionen DM werde zur Zeit noch verhandelt.

Es wurde ferner ein von Abgeordneten aller Fraktionen unterzeichneter Antrag angenommen, für einen gesamtdeutschen städtebaulichen Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ 350 000 DM und für einen Architekten-Wettbewerb „Wiederherstellung Reichstagsgebäude“ 60 000 DM in den Bundeshaushalt einzusetzen.

Vizekanzler Blücher betonte mit Nachdruck, sowohl die Regierung als auch alle Parteien wüßten, daß der außenpolitische Kampf der Bundesrepublik ohne die Behauptung eines lebenskräftigen Berlin verloren sei.

## Falsche Spekulationen

Glücksburg (Ostsee), (DPA). Der Vorsitzende der CDU/SCU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, hat in Glücksburg auf einer CDU-Versammlung erklärt, Sowjetrußland irrte sich, wenn es auf die „Nach-Adenauer-Zeit“ wartet und hofft, daß seine Europapolitik dann zum Zuge kommt. Spekulationen darauf, daß die „jüngeren Männer“ der CDU eine andere Linie als der Bundeskanzler verfolgen würden, seien falsch. Genau so verkehrt seien Zweifel an der Bündnistreue der Bundesrepublik gegenüber der freien Welt.

## Ära Hoffmann beendet

Landtagswahlen am 18. Dezember

Saarbrücken (Eigenbericht). — Schneller als die kühnsten Optimisten je zu hoffen wagten, sind im Saargebiet wieder normale demokratische Zustände eingetreten. Das Regime Hoffmann, das durch den Ausgang der Volksabstimmung über das Saarstatut seinen Todesstoß erhielt, gehört bereits der Vergangenheit an.

Eine neue Regierung, an ihrer Spitze der 67jährige Präsident des Landesversicherungsamtes, Heinrich Welsch, hat mit der Arbeit begonnen. Sie ist als Übergangskabinetts bis zu den neuen Landtagswahlen am 18.

Dezember gedacht. Welsch, der das Vertrauen sämtlicher Parteien im Saarland genießt, bezeichnete es in seiner Regierungserklärung als erstes Ziel, den bei der Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung zu verwirklichen. Alle Anstrengungen seien darauf gerichtet, der Befriedung und dem Ausgleich zu dienen.

Die neue Regierung wurde vom Landtag bestätigt. Bis zum Zeitpunkt seiner Auflösung am 17. Dezember darf der alte Landtag nur Anträge bearbeiten, die ihm von der Übergangsregierung zugeleitet werden.

## Lehrjahre stark erleichtert

### Neue Schutzbestimmungen für Jugendliche

Bonn (Eigenmeldung). Die neuen Schutzbestimmungen eines Jugendarbeit-Schutzgesetzes sind in Bonn bekanntgegeben worden. Mit dem Gesetz, das im Entwurf vom Bundesarbeitsministerium angeliefert wurde, wird sich das Parlament im kommenden Jahr beschäftigen. Danach soll die tägliche Arbeitszeit aller Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren in Zukunft sieben Stunden nicht überschreiten.

Die wöchentliche Arbeitszeit dürfe nicht über 42 Stunden hinausgehen, falls die Jugendlichen nicht schon eine Gehilfenprüfung abgelegt haben. In einem solchen Falle können sie täglich acht oder wöchentlich 48 Stunden beschäftigt werden.

Eine Mehrarbeit über die gesetzlich festgelegte Zeit hinaus wird durch besondere Bestimmungen über Mehrarbeitsentgelte erschwert. Dem Jugendlichen muß für die Mehrarbeit ein Zuschlag von 25 Pro-

zent des Entgelts gegeben werden, das er normalerweise für die gleiche Zeit erhält. Erhält der Jugendliche eine monatliche Erziehungsbeihilfe, so hat der Arbeitgeber für jede Stunde

Mehrarbeit einen Zuschlag von 1 Prozent dieser Beihilfe zu zahlen.

### 12 Stunden Freizeit

Das Gesetz bestimmt ferner, daß dem Jugendlichen eine ununterbrochene Freizeit von mindestens 12 Stunden gewährt und die Zeit für einen sechsstündigen Berufsschulunterricht als Arbeitszeit angerechnet werden muß. In der Zeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr dürfen Jugendliche überhaupt nicht beschäftigt werden.

## Marokkolösung zeichnet sich ab

### Ben Jussef wieder „Seine Majestät“

Paris (Eigenbericht). Im Marokkokonflikt zeichnet sich die Aussicht auf eine Lösung ab. Seine Majestät Mohammed V. — wie Ben Jussef jetzt wieder genannt wird. — wurde von Außenminister Pinay, der eigens aus

Genf herbeigeleitet war, in dem Sommerschlößchen Celle St. Cloud empfangen.

In einem Kommuniqué wurde später mitgeteilt, daß die Unterredung im Geiste der Verständigungsbereitschaft verlaufen sei und die Möglichkeiten einer günstigen Entwicklung der französisch-marokkanischen Beziehungen verstärkt habe.

Auch weite Kreise der französischen Bevölkerung, die von einer Rückkehr Ben Jussefs auf den Thron eine Katastrophe befürchteten, sehen heute in seiner Wiedereinsetzung die einzige Möglichkeit für eine Beruhigung des Landes. Der Pariser Regierung bietet sich in Ben Jussef der lange vermißte Unterhändler an, der das Vertrauen der Bevölkerung besitzt, mit Frankreich über die unaufschiebbar Neuordnung des französisch-marokkanischen Verhältnisses zu verhandeln. Wie das bisher über die Absichten Ben Jussefs bekannt wurde, zeigt, daß er die extremen Forderungen der panarabischen Kreise in Kairo von sich weist und noch für lange Zeit die Zusammenarbeit Marokkos mit Frankreich als unerlässlich für sein Land betrachtet. Man erwartet, daß Ben Jussef — ihm wurde der reizende Pavillon Henri IV. in St. Germain als Residenz zugewiesen — noch vor seiner Rückkehr nach Marokko die Verhandlungen mit Frankreich über die Beseitigung des Protektorsvertrages aufnehmen wird. Ähnlich wie Tunis soll auch Marokko eine weitgehende Selbständigkeit im Rahmen der französischen Union erhalten.

## Bedingungen für Botschafteraustausch

### Bonn fordert von Moskau absolute Gleichstellung

Bonn (Eigenmeldung). Die Sowjetregierung hat die Bundesregierung um ihre Zustimmung zur Ernennung des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Walerijan Alexandrowitsch Sorin zum Botschafter in Bonn gebeten. Sorin, der im 53. Lebensjahr steht, war 1948 für zehn Tage von seiner Regierung nach Prag entsandt worden. Während dieser Zeit ereignete sich der Umsturz in der Tschechoslowakei.

Wie verlautet, ist das Ersuchen der Sowjetregierung schon vor zwei Wochen in Bonn eingegangen, aber bisher geheimgehalten worden. Das Agreement dürfte nicht vor dem Abschluß der Pariser Vorbesprechungen für die Einrichtung der beiderseitigen Botschaften erteilt werden. Diese Besprechungen können unter Umständen längere Zeit dauern, da die Bundesregierung sehr bestimmte Bedingungen stellt. Es ist zum Beispiel bekannt, daß die ausländischen Botschaften in Moskau durchweg keine eigenen Chauffeure haben, sondern Russen in dieser Stellung beschäftigen. Die Bundesregierung will dagegen eigene Chauffeure nach Moskau schicken, falls die Sowjetregierung darauf besteht,

russische Chauffeure in Bonn zu beschäftigen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Umfang der beiden Botschaften. Auch hier will die Bundesregierung auf dem Grundsatz der absoluten Gleichstellung bestehen. Um die sowjetische Zustimmung zur Ernennung eines deutschen Botschafters ist noch nicht nachgeschaut worden. Es gilt in Bonn aber als einigermaßen sicher, daß die Bundesregierung den jetzigen Botschafter in Tokio, Dr. Kroll, nach Moskau entsenden will.

## Ostwaffen fast verschenkt

Washington (AP). Die ägyptischen Waffeneinkäufe bei den Ostblockstaaten, die die neuerlichen Spannungen im Nahen Osten hervorgerufen und die westliche Welt beunruhigt haben, sollen sich nach Berichten diplomatischer Kreise auf einen Gesamtwert von 80 Millionen Dollar belaufen. Dabei soll für einzelne Waffen angeblich nur ein Zehntel des Preises berechnet werden, den die westlichen Länder verlangen würden.

# Perspektive 1956: Rationierung bleibt

## Neuer Fünfjahrplan sieht keine Schließung der Preisschere vor

In wenigen Tagen beginnt in der Zone eine großangelegte Popularisierungskampagne für den neuen Fünfjahrplan. Auf Einwohner- und Betriebsversammlungen soll die Bevölkerung diesen bisher dritten „Volkswirtschaftsplan“ diskutieren. Die Agitatoren gehen zu diesen Versammlungen mit einer festgelegten Argumentations-Richtlinie, die sich bereits in den Händen der SED-Kreisleitungen befindet. Nichts wäre also natürlicher, als daß sich auch die Bevölkerung, die diese Versammlungen nicht umgehen kann, über ihre Fragen an die Redner schlüssig wird. Denn so wenig den einzelnen die SED-Planung interessiert, so entscheidend wird die Planung der kommenden fünf Jahre für seinen Lebensstandard sein.

Um es vorweg zu verraten: Die Argumentationsanweisung des SED-Zentralkomitees vom 26. Oktober enthält keine Sprachregelung für die beiden wichtigsten Anliegen der Bevölkerung: 1. Aufhebung der Rationierung und 2. Schließung der Preisschere Konsum—HO.

### Appell an die Vergesslichkeit

Wem die Entwicklung noch Erinnerung ist, der weiß, daß der jetzt ablaufende Fünfjahrplan mit dem Versprechen popularisiert worden ist, daß noch während seiner Durchführung die Rationierung aufgehoben werden sollte und die HO-Preise den Kartenpreisen angeglichen würden. Die damaligen SED-Propagandisten sprachen von etwa vier bis sechs rasch aufeinanderfolgenden Preissenkungen, die eine solche Schließung der unnatürlichen Preisschere ermöglichen würden. In zahlreichen Grundsatzserklärungen haben die Regierungs- und Parteiführer diese wirtschaftliche Perspektive unterstrichen.

Die SED appelliert heute an unsere Vergesslichkeit. Gestern aber hat sie uns das alles versprochen. Und nur unter dieser Perspektive wurden die oft unmenschlichen Anstrengungen des laufenden Planes sanktioniert. Warum also soll man das jetzt auf den kommenden Versammlungen verschweigen,

1951 haben viele an die Normalisierung des Lebens in der Zone geglaubt. Man hatte — wenn auch etwas spät — den nackten Hunger überwunden und hoffte nun wenigstens annähernd jenen Lebensstandard zu erreichen, den es im Westen Deutschlands seit Jahren gab. Da gab Ulbricht auf der II. SED-Partei-konferenz im Juli 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ bekannt, der alle Hoffnungen in weite Ferne rückte. Der Juni-Aufstand ein Jahr später — war die Quittung für die Vermessenheit der SED und gleichzeitig der genaue Mittelpunkt dieses Fünfjahrplanes!

Mit dem „Neuen Kurs“ folgte eine Flut neuer Versprechungen. Wer weiß nicht mehr, wie alle Leute Anfang 1954 gutgläubig auf die Aufhebung der Kartenbewirtschaftung hofften? Und wie sie anderthalb Jahre auf eine längst fällige Preissenkung warteten, deren Durchführung schließlich als blanker Hohn betrachtet werden mußte? „1955 werden wir die Lebensmittelkarten ins Museum stellen!“ sagten die „Nationale Front“-Aufklärer und die Karikaturisten zeichneten optimistisch einen kleinen Jungen, der im Jahre 1956 eine alte Fleischkarte betrachtete: „Vati, was is'n das?“

Auf den kommenden Versammlungen hat die Bevölkerung nun Gelegenheit, diese Dinge anzuschneiden. Sie kann es mit um so größerem Spaß

tun, als wir ihr versichern können: Die SED-Agitatoren wissen darauf nichts zu sagen! Denn der neue Plan steht Dinge wie Aufhebung der Rationierung und Ende des HO-Wuchers nicht vor.

Im Gegenteil: Wie einzelne HO-Funktionäre erklärten, sieht der neue Haushaltsplan eine HO-Akzise vor, die fast das Doppelte von der des Jahres 1952 beträgt. Das heißt: 1952 entfiel auf jeden Einwohner der Zone — vom Säugling bis zum Greis — eine Summe von 220 Ostmark, die er durch Einkäufe in der HO über den normalen Konsumpreis hinaus entrichten mußte. 1953 waren es bereits 302 Ostmark pro Kopf der Bevölkerung und 1956 sollen es weit über 400 Ostmark sein!

Als Vergleich: Jeder Zonenbewohner zahlt durchschnittlich an HO-Aufschlägen für „frei verkäufliche“ Waren mehr als das Doppelte seiner Lohnsteuer. Würde die Rationierung aufgehoben, sparte er künftig jährlich pro Kopf der Familie rund 400 Ostmark. Bedenkt man dabei, daß der große Kreis der Funktionäre mit ihren Sonderzuwendungen und hohen Karteneinstufungen gar nicht nötig hat, Lebensmittel in der HO einzukaufen, wird dieser Betrag für den Normalverbraucher weitaus höher.

Das ist nur ein winziger Ausschnitt aus den Überlegungen, die man sich zum neuen Fünfjahrplan der SED machen sollte.

## Pankow verstärkt Kirchenkampf

Berlin (Eigenmeldung/epd). Im Zuge des sich steigernden Kampfes der Pankower Machthaber gegen die Kirchen ist die Sonntags-Ausgabe der evangelischen Wochenzeitung „Potsdamer Kirche“ und die Ost-Ausgabe des evangelischen Sonntagblattes „Die Kirche“ beschlagnahmt worden.

Beide Blätter erhielten die Veröffentlichung des Offenen Briefes, den Bischof D. Dibelius an die Eltern der Konfirmanden in Berlin-Brandenburg gerichtet hat. Darin waren die Eltern aufgefordert worden,

„keine Kompromisse mit dem Atheismus zu schließen“ und den Kindern bei der Ablehnung der Jugendweihe weiter beizustehen.

## Neuer Flüchtlingsstrom

Berlin (DPA). Der Oktober hat neue starke Zugänge von Flüchtlingen aus der Sowjetzone und Ostberlin gebracht. 21 537 Flüchtlinge wurden im Oktober im Durchgangslager Marienfelde registriert. Das sind über 3000 Flüchtlinge mehr als im September.

## Prüfstein 20. Juli 1944

### Abgrenzung nach „rechts“ — Junge Union tagte

Berlin (Eigenbericht). Der moderne Hörsaal der Freien Universität, in dem sich die Junge Union zu einer Landeskonferenz traf, meist Zwanzig- bis Dreißigjährige, um Fragen der Abgrenzung nach „rechts“ und „links“ zu besprechen, bot zwar eine glänzende Akustik, wirkte aber dafür streng, ernüchternd. So war die Tagung durch den äußeren Rahmen mitbestimmt. Keine leidenschaftliche Debatte, sondern sachliche Argumentation stand im Vordergrund, in Anbetracht der Themen nur ein Vorteil.

Sowohl das Referat über das Verhältnis der CDU zur SPD (Dr. Kotowski) als auch das folgende über die Abgrenzung gegen rechtsstehende Parteien und Organisationen (Abg. Benda) haben auch tatsächlich zu einer vom Vorsitzenden Klauk vorproklamierten notwendigen „Klarheit in unseren Reihen“ geführt. Da das Zweiparteiensystem in Deutschland (SPD und CDU) grundsätzlich befürwortet wurde, mußte eine Zusammenarbeit mit der SPD zumindest theoretisch für möglich gehalten werden. Weit komplizierter hingegen war die Abgrenzung nach „rechts“. Bei der Ablehnung des Radikalismus kam man zu dem Problem, ob die wenigen Unbelehrbaren zur „Mitte“ gezogen werden könnten, ohne daß man einer Gefahr der Unterwande-

rung durch radikale Elemente ausgesetzt sei.

Als Prüfstein forderte Benda z. B. ein Bekenntnis zum 20. Juli 1944. Wer ihn ablehne, mit dem könne man nicht zusammenarbeiten. Das gleiche gelte, wer nicht bereit sei, jedem Antisemitismus entgegenzutreten.

Immerhin herrschte, als jemand von der Zivilcourage sprach und warnte, den Idealismus zu töten, andächtiges Schweigen. Idealismus und Zivilcourage? Es war ohne Zweifel ein Verdienst des Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Dr. Stoltenberg aus Kiel, daß er indirekt auf diese Fragen einging.

Die Feststellung Stoltenbergs, „wir können noch nicht von einer grundlegenden politischen Erneuerung sprechen“, war eine gute Ergänzung der vorausge-

gangenen Referate. Zehn Jahre, 1945 bis 1955, sind in der Geschichte kein großer Zeitabschnitt. In der Weimarer Republik haben ähnliche Jugendorganisationen leidenschaftlich um die Anerkennung der Demokratie diskutiert. Für die heutige junge Generation ist diese Demokratie da und anerkannt, und man ist sachlich-nüchtern genug, um sich nun in engeren Grenzen mit ihrem praktischen Ausbau zu beschäftigen.

### Angriff auf die Lehrfreiheit

Berlin (Eigenmeldung). Die Verurteilung des katholischen Geistlichen, Kaplan Wilhelm Hohn, durch ein Sowjetzonen-Gericht zu neun Monaten Gefängnis wegen „Nötigung“ ist in Berliner katholischen Kreisen mit größter Erntörung aufgenommen und als Angriff auf die Lehrfreiheit der Kirche gewertet worden.

Die Berliner katholische Wochenzeitung „Petrusblatt“ bezeichnet das Urteil des Gerichtes in Parchim (Mecklenburg) als „antireligiöse Propaganda unter juristischen Vorwänden“. Dieser Prozeß habe nichts mit einer Rechtsprechung zu tun.

## Ostberlin besteht die Probe nicht

Fortsetzung v. Seite 1

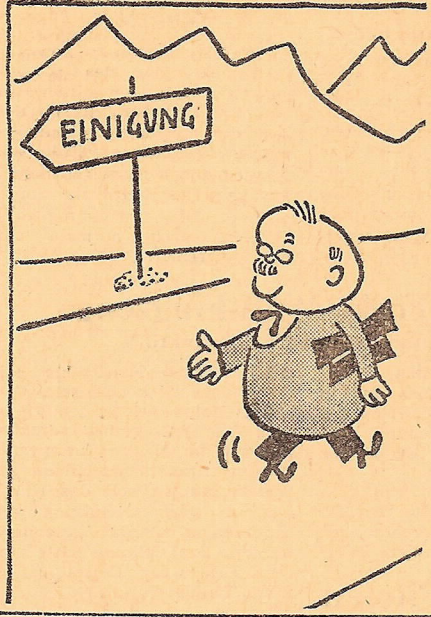
Der große Unterschied in der Lebenshaltung ergibt sich daher erst aus dem sowjetzonalen Preissystem, das zwar die auf Karten bezogenen Waren etwas billiger zur Verfügung stellt (mit Ausnahme von Margarine, Schmalz und Süßwaren) als ähnliche Waren im Westen kosten, den „Wahlbedarf“, der zur Ergänzung des Existenzminimums aber dringend notwendig ist, aber um so kräftiger verteuert. Die HO-Preise, die in der DGB-Denkschrift in drei ganzseitigen Tabellen dargeboten und mit Westberliner Preisen verglichen werden, verringern die Kaufkraft des Geldes, das in der sowjetzonalen Lohntüte enthalten ist, gewaltig. Dafür einige Beispiele: die HO-Preise liegen um 180 Prozent über den Westberliner Preisen bei Vollmilch, um 287 Prozent bei Reis, um etwa

107 bis 140 Prozent bei Fleisch, um 44 Prozent (Salzhering) bis 138 Prozent (Seelachsfilet) bei Fisch, um 80 Prozent (Nudeln) bis 120 Prozent (Makkaroni) bei Teigwaren, um 281 Prozent bei Kaffee, um 611 Prozent bei Kakao. Selbst beim Gemüse waren die Preise durchweg höher, nämlich um 7 Prozent bei Spinat, 29 Prozent bei Tomaten, 49 Prozent bei Mohrrüben, 98 Prozent bei Blumenkohl und 220 Prozent bei Zwiebeln.

Bei Oberbekleidung lagen die HO-Preise um 121 Prozent (Damenbluse Perlon) bis 247 Prozent (Herrensakko, Mischgewebe) über den Westberliner Preisen. Im Bereich des „Wahlbedarfs“, d. h. derjenigen Güter, die über das Existenzminimum hinausgehen, entspricht daher die Ostmark nur einer Kaufkraft von 44 Westpfennigen, während sie beim „Zwangsbe-

darf“, der weitgehend rationiert zugeteilt wird, einer Kaufkraft von 86 Westpfennigen entspricht.

Das bewirkt, daß der Lebensstandard einer Ostberliner Arbeiterfamilie, deren Haushaltsvorstand normal arbeitet, den Richtsatz der Westberliner Sozialunterstützung nur um 22 Prozent übersteigt. Der entsprechende Lebensstandard in der Sowjetzone war sogar nur um 16 Prozent höher als derjenige der Sozialunterstützten in Westberlin. Wird die Kaufkraft der westdeutschen Arbeitsverdienste insgesamt gleich 100 gesetzt, folgend der DGB aus seiner Untersuchung, so beträgt der Reallohn (d. h. das, was man mit dem Verdienst kaufen kann) in Westberlin 95 Prozent, in Ostberlin 68 Prozent, aber in der Sowjetzone nur noch 64 Prozent. Mit dieser Feststellung des DGB dürfte für jeden Arbeitnehmer das Urteil über das Sozial- und Wirtschaftssystem von Pankow eindeutig gesprochen sein.



„Fortschritte“ in Gent

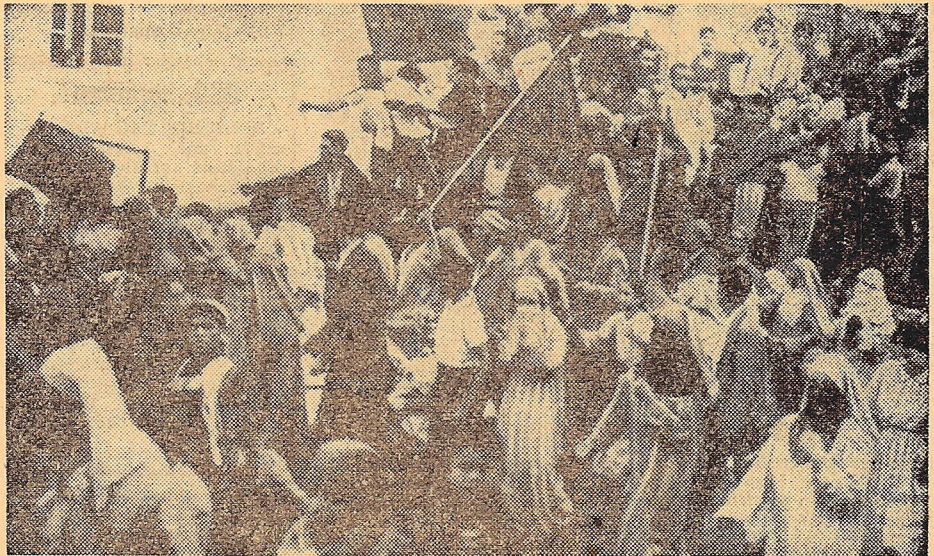


BILD DER WOCHE: Freudenkundgebung in Casablanca anlässlich der Rückkehr des Sultans von Marokko, Ben Jussef, aus dem Exil in Madagaskar nach Frankreich.

## Neue Energiequellen entdeckt

Forschertraum verwirklicht — Sensationelles Experiment

Mainz (DPA). Ein über 100 Jahre alter Traum weitschauender Naturforscher, die Idee der kalten Verbrennung, ist verwirklicht.

Vor der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz führte deren Präsident, Prof. Dr. Eduard Justi (Technische Hochschule Braunschweig), zum erstenmal im Experiment mit einem Brennstoffelement vor, wie man durch eine umkehrbare Vereinigung von Wasserstoff und Sauerstoff bei Zimmertemperatur elektrische Energie mit etwa 70 Prozent Wirkungsgrad gewinnen kann. (Mit dem Wirkungsgrad wird bei Maschinen und Apparaten das Verhältnis ihrer tatsächlichen Leistung zu der für ihren Betrieb aufgewendeten Energie bezeichnet. Verbren-

nungskraftmaschinen erreichen z. B. bisher nur einen Wirkungsgrad von rund 40 Prozent.)

Mit diesem geglühten Experiment ist die unmittelbare Umwandlung der chemischen Energie in elektrische Energie ohne den verlustreichen Umweg über die minderwertige Wärmeenergie praktikabel geworden.

## Erstes Focke-Wulf-Flugzeug

Reisemaschine in Serienproduktion

Bremen (DPA). Das Focke-Wulf-Werk in Bremen hat in diesen Tagen mit dem Bau des ersten Reiseflugzeuges in Deutschland seit Kriegsende begonnen.

Es ist die von Prof. Blume in Duisburg konstruierte BL 502, eine einmotorige Maschine mit vier Sitzen, die vor allem Indu-

## Die Krankheit des Kanzlers

Bonn (Eigenmeldung). Bewußte Falschmeldungen des sowjetzonalen Rundfunks sollten den Eindruck erwecken, als ob der Gesundheitszustand des Bundeskanzlers ernsthaft gefährdet sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß keinerlei Anlaß zur Sorge bestand. Die Gesundheit des Kanzlers macht normale und gute Fortschritte.

striellen und Kaufleuten als Reiseflugzeug dienen soll. Der 140-PS-Motor verleiht dem Flugzeug eine Reisegeschwindigkeit von 214 km/st. Die Reichweite beträgt rund 1000 Kilometer. Wie verlautete, soll das Flugzeug in Serienproduktion gebaut und später auch exportiert werden. Prof. Blume hatte vor dem Krieg das Reiseflugzeug Arado 79 konstruiert.

## Lufthansa jetzt mit deutschen Piloten

Hamburg (DPA). Seit Montag befliegt die Lufthansa ihre innerdeutschen Linien ausschließlich mit deutschen Besatzungen. Bisher steuerten britische oder amerikanische Flugzeugführer die Maschinen, während die deutschen Kollegen nur als Kopiloten mitflogen. Die erste Lufthansa-Maschine, die am Montag die Strecke Hamburg—Stuttgart—München unter deutscher Führung flog, wurde von zwei Bayern gesteuert.

Seit Montag ist auch die Stadt Stuttgart an das Flugnetz der Lufthansa angeschlossen.

## Europa-Tarif

Frankfurt/Main (VVD). An Stelle der mehr als 50 Tarife, die gegenwärtig für den Reiseverkehr in Europa in Kraft sind, wird zur Zeit im Internationalen Eisenbahnverband ein „gemein-

samer europäischer Tarif“ für den Reiseverkehr ausgearbeitet, der am 1. März 1956 in Kraft treten soll.

## Mit Motorrad aufs Nebelhorn

Oberstdorf (DPA). Eine nicht alltägliche Leistung vollbrachte der Motorrad-Weltmeister Werner Haas. Er erkletterte ohne fremde Hilfe das 2224 Meter hohe Nebelhorn nicht etwa als Fußgänger, sondern mit einem 250-ccm-Motorrad. Die serienmäßige Maschine war, um sie den besonderen Geländeverhältnissen anzupassen, mit einem größeren Zahnkranz und Stollenprofilreifen ausgerüstet. Die Strecke führte meist über Geröllfelder und schmale Grate. Am gefährlichsten war ein 40 m langer und nur 20 cm breiter Felsgrat zu befahren, der nach beiden Seiten einige hundert Meter tief abfiel.

## 12 Atomexplosionen

Washington (AP). In der Sowjetunion seien in den letzten dreizehn Monaten zwölf Atomexplosionen erfolgt, teilte der amerikanische Atomwissenschaftler Dr. Lapp mit.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nützlich als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.